

Dipl. Pol. Imke Meyer
Niddagastr. 16
60489 Frankfurt

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
16/2844

A26

Block III: Kommunale Familienzeitpolitik

1. Welchen zeitlichen Restriktionen sind Kinder, Jugendliche und Eltern in den unterschiedlichen Lebensphasen (Kinder im Kindergartenalter, im Grundschulalter, in der weiterführenden Schule) unterworfen? Wie lassen sich Freiräume, also selbstbestimmte Zeiträume und Orte für Familien, für Kinder und Jugendliche, für Erwachsene in der Familienphase organisieren und nachhaltig sichern.

Familien sind in unterschiedliche Zeitregime eingebunden, die in der Regel nicht aufeinander abgestimmt sind. Asynchrone Zeiten erzeugen Stress im Familienalltag und erschweren die Planung gemeinsamer Zeit. Die Bedürfnisse der Familien verändern sich in unterschiedlichen Lebensphasen. Einschränkungen und Konflikte sind besonders geprägt durch die beruflichen Anforderungen, der Länge und der Lage der Arbeitszeit und nicht angepassten, ungenügenden Betreuungszeiten. Mütter und Väter in Schichtarbeit – sei es im Krankenhaus, dem Einzelhandel oder der Industrie – haben sehr viel größere Probleme, Beruf und Familie zu vereinbaren und darüber hinaus noch eine gemeinsame Familienzeit zu organisieren als so genannte 9.00 bis 17.00 Uhr-Angestellte. Schichtarbeitende Paare „lösen“ das Problem der nicht passenden Kinderbetreuung oftmals dadurch, dass die eine die Früh- und der andere die Spätschicht übernimmt. Damit ist aber nicht einmal das gemeinsame Abendessen möglich, das für die Mehrheit der Familien die regelmäßige gemeinsame Zeit ist. Ohne familiäres oder soziales Netz zwingt Schichtarbeit in der Regel Mütter die Berufstätigkeit aufzugeben.

Kindergartenkinder sind abhängig von der ihnen vorgegebenen Zeit, unabhängig davon, ob sie zu Haus oder in einer Kindertagesstätte betreut werden. Wenn sie Glück haben, können sie einen Teil der ihnen zur Verfügung gestellten Zeit selbst gestalten.

Grundschul Kinder wünschen sich laut Befragungen mehr Zeit mit der Familie, möchten allerdings auch Zeit mit nur der Mutter oder nur dem Vater verbringen. Insbesondere um Väter darin zu unterstützen, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, kann die Kommune Programme speziell für Väter mit Kindern im Rahmen der Zeitpolitik verankern.

Für Eltern ist neben den beruflichen Anforderungen und der gemeinsamen Familienzeit eine besondere Herausforderung, Zeit für sich selbst zu organisieren um Paar sein zu dürfen und nicht nur Eltern. Speziell für Eltern, die ohne familiäres Netz leben, kann die Kommune durch die Organisation besonderer Betreuungsangebote dazu beitragen, dass auch Paare eine Zeit für sich bekommen. Und genauso wichtig ist es, dass die einzelnen Mitglieder der Familie ausreichend Eigenzeit zur Verfügung haben.

Nicht nur zwischen den Generationen innerhalb der Familie sondern auch zwischen den Geschlechtern bestehen große Unterschiede in der Frage der Zeitsouveränität und des Zeitbudgets. 79 Prozent der berufstätigen Mütter geben an, dass sie zuwenig Zeit für sich selbst haben, dies sagen nur 53 Prozent der Väter. Bei alleinerziehenden haben die Väter etwas über sechs Stunden für soziales Leben, Freizeitaktivitäten und Unterhaltung zur Verfügung, alleinerziehende Mütter nur 4 Stunden 47 Minuten. 66 Prozent der Vollzeit

arbeitenden Mütter geben an, dass die Organisation des Alltags für sie aufwändig bis sehr aufwändig ist, dies empfinden nur 33 Prozent der Väter so. Gelegentlich bis häufig Stress haben 94 Prozent der Vollzeit arbeitenden Mütter und 78 Prozent der Väter.

Bei der Verteilung der Familienarbeit geben immer noch über 70 Prozent der Frauen an, dass sie die Hausarbeit allein bewältigen aber nur 19 Prozent der Väter wünschen sich mehr Zeit für Haushalt und Garten. Es ist zu vermuten, dass dieser Prozentsatz noch sinken würde, wäre die Frage ausschließlich auf die Hausarbeit und nicht noch auf den Garten bezogen. Schon in der Kinder- und Jugendzeit entwickeln sich Diskrepanzen zwischen der Zeitverwendung von Mädchen und Jungen bezogen auf die Hausarbeit. Im Alter von 10 bis 14 Jahre verwenden Jungen 57 Minuten auf die Familienarbeit, Mädchen hingegen 1 Stunde und 16 Minuten. Bei den 14 bis 18jährigen wächst dieser Unterschied von knapp 20 Minuten auf knapp 40 Minuten am Tag. Analog haben Mädchen 45 Minuten weniger Freizeit als Jungen in dem Alter. Eine kommunale Familienzeitpolitik, die auf die Zukunft ausgerichtet ist, muss eine gendergerechte Kinder- und Jugendpädagogik entwickeln, Projekte ausarbeiten und die öffentliche Diskussion anregen, um zu einer gerechteren Zeitverteilung zwischen Frauen und Männern bei der Familienarbeit zu kommen.

Freiräume, selbstbestimmte Zeiten und Räume für Familie können dann entstehen, wenn die Kommune Zeitpolitik in alle politischen Handlungsfelder verbindlich integriert und in der Kommune verankert wird. Veränderungen können gelingen, wenn die gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure die zeitlichen Bedürfnisse von Familien in der Planung berücksichtigen, Zeiten synchronisieren und Beschäftigte Zeitsouveränität erhalten. Es erfordert die Bereitschaft, Zeiten auszuhandeln und Zeiten umzuverteilen. Dies wiederum setzt intensive Diskussionen und Informationen voraus.

Nachhaltig werden diese Freiräume dann, wenn ein Kulturwandel vollzogen wurde. Wenn Menschen verstanden haben, dass sie in einer entspannten Gesellschaft leben können, in der Zeit für das Miteinander, für Sorge und für Arbeit gerecht verteilt ist und Muße im Alltag nicht ein Privileg für Wenige ist. Wenn sie verstanden haben, dass es nicht nur für Familien sondern für alle ein Gewinn ist, wenn sich Menschen nicht mehr überkommenen Zeitregimen unterwerfen müssen sondern sich die Zeiten nach den Bedürfnissen der Menschen richten.

2. Welche Bedeutung kommt der kommunalen Ebene beim Thema Zeitpolitik zu?

Der kommunalen Ebene kommt beim Thema Zeitpolitik eine zentrale Rolle zu. Zum einen ist die Kommune der Raum, in der Familie lebt und in dem sich die einzelnen Familienmitglieder bewegen. So beeinflusst eine familiengerechte Stadt- und Verkehrsplanung die Mobilität von Kindern, Jugendlichen aber auch Seniorinnen und Senioren und ermöglicht eine eigenständige Mobilität in der Stadt. Damit kann der begleitende Individualverkehr eingeschränkt werden, der bislang ein Zeitfresser im Tagesablauf vor allem der Mütter ist.

Die Kommune ist außerdem Anbieterin eines Großteils der Dienstleistungen, die von Familien in Anspruch genommen werden und die den Alltag von Familien prägen. Inwieweit dieser Familienalltag durch Hektik gezeichnet ist oder ob die Lebensbereiche Beruf und Familie ohne große Hürden zu vereinbaren sind, hängt wesentlich davon ab, ob die privaten wie öffentlichen Dienstleistungen der Stadt zeitlich aufeinander und mit der Arbeitswelt abgestimmt sind, so dass keine Einschränkung der Berufstätigkeit vorgenommen werden muss, ob sie dazu beitragen, Müttern und Vätern eine eigene Existenzsicherung zu ermöglichen. Und für Seniorinnen und Senioren trägt kommunale Zeitpolitik dazu bei,

möglichst lange selbstständig zu leben und im Falle einer Abhängigkeit die notwendige Unterstützung zu erhalten, unabhängig davon, ob Kinder am Ort leben oder nicht.

Als örtlicher Arbeitgeber muss die Kommune Vorbildfunktion einnehmen und eine familiengerechte Personalpolitik entwickeln (s. Block IV Arbeitswelt/Vereinbarkeit).

Zum anderen sollte die Kommune in der kommunalen Zeitpolitik Impulsgeberin, Koordinatorin und Moderatorin sein.

Die Kommune sollte nicht nur die eigenen Leistungen an den Zeitbedürfnissen von Familien ausrichten und damit Impulse für die Zeitpolitik geben, sondern gesellschaftliche Gruppen und Akteure zusammenbringen, um ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Gestaltung der Zeiten in der Kommune zu erarbeiten. Dabei muss sie darauf bedacht sein, auch die jeweiligen Kontrahenten – z.B. Unternehmen und Gewerkschaften ebenso wie Familien in den Aushandlungsprozess mit einzubeziehen.

In diesem Aushandlungsprozess ist die Kommune Moderatorin und gewährleistet die Weiterentwicklung des Prozesses über einzelne Ergebnisse hinaus. Kommunale Zeitpolitik ist als ein fortwährender Prozess zu verstehen, der zu einem Kulturwandel führen muss, indem die Zeiten den Bedürfnissen der Menschen angepasst wird, die alltägliche Hetze abnimmt und die Lebensqualität der Menschen steigt.

Und schließlich bedarf es der überregionalen Zusammenarbeit der Kommunen, wenn der Wohnsitz der Beschäftigten nicht identisch ist mit dem Arbeitsort und sich bestimmte Zeitkonflikte nicht innerhalb der Kommune lösen lassen.

3. Wie ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis von kommunaler Familienzeitpolitik?

Kommunale Familienzeitpolitik ist ein relativ junger Politikansatz, der bislang in wenigen Kommunen angewendet wird. Dementsprechend gibt es wenige Untersuchungen, die die ökonomische Bedeutung evaluiert haben.

Im Auftrag des BMFSFJ hat das DIW 2014 einen Teilaspekt kommunaler Zeitpolitik untersucht. In einer Studie werden Kosten und Nutzen bezogen auf die Erschließung des weiblichen Arbeitskräftepotentials untersucht. Es wurde untersucht, inwieweit zeitpolitische Maßnahmen im Bereich Kinderbetreuung und ÖPNV dazu beitragen können, dass weibliche Fachkräfte, berufstätige Mütter, ihre Arbeitszeit ausdehnen.

Als Ergebnis zeigte sich, dass Mütter, die aufgrund einer nicht passgenauen Kinderbetreuung ihre Arbeitszeit einschränken, bei einer Ausdehnung der Kinderbetreuung zwischen 14,2 und 17,4 Stunden in der Woche mehr arbeiten würden. Bezogen auf alle Mütter mit Kindern unter 15 Jahren würde die Ausdehnung der Arbeitszeit zwischen 1,6 und 3,1 Arbeitsstunden je Woche betragen. Mütter, die aufgrund eines mangelhaften ÖPNV-Angebots ihre Arbeitszeit eingeschränkt haben, würden ihre Arbeitszeit zwischen 8,8 und 16,5 Stunden erhöhen, bezogen auf alle Mütter würde sich die Arbeitszeit auf 0,6 bis 1,3 Stunden erhöhen. D.h. für die Arbeitgeber wäre dies ein Beitrag zur Sicherung von Fachkräften und/oder ein Grund die Kommune als Standort zu wählen und dort zu investieren. Insofern trägt kommunale Familienzeitpolitik zur Standortsicherung bei.

Für die Kommune erhöhen sich damit die Gewerbesteuern. Auch durch das höhere Einkommen berufstätiger Mütter profitiert die Kommune durch höhere Steuern und Sozialabgaben. Da Mütter mit einer geringen Arbeitszeit häufig auf staatliche

Transferleistungen angewiesen sind, sinken in diesem Fall diese Ausgaben für die Kommune. (In die Betrachtungen sind bislang nicht die negativen Auswirkungen der Armut auf Kinder eingeflossen. Die Verbesserung der ökonomischen Situation der Familie verbessert auch die Teilhabe von Kindern an Freizeit- Sport- und Kulturangeboten und vergrößert die Chance auf gute Leistungen in der Schule). Für Familien steigt die Lebensqualität.

Auf der anderen Seite trägt die Kommune einen großen Teil der Personal- und Sachkosten, die während des Prozesses anfallen.

Im Einzelnen kann dieses Ergebnis auch für die Stadt Hanau nachgewiesen werden. Durch die Einführung von Zeitbrücken (Randbetreuung bei asynchronen Betreuungszeit und Arbeits- plus Arbeitswegezeit, von Seniorinnen und Senioren zur Unterstützung junger Familien) konnten Mütter, insbesondere alleinerziehende, ihre Arbeitszeit um einige Stunden in der Woche erhöhen, andere Mütter überhaupt eine Berufstätigkeit aufnehmen. Aktuell gibt es in der Stadt 23 Zeitbrücken mit einer zusätzlichen Betreuungszeit der Kinder von durchschnittlich drei Stunden in der Woche. Nach der Zufriedenheit befragt, geben Nutzerinnen wie Anbieterinnen von Zeit durchweg positive Rückmeldungen. Die Stadt trägt die Personalkosten für die Vermittlung von Angebot und Nachfrage, aber eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Kindertagesstätten wäre wesentlich kostenintensiver. (Allerdings decken die „Zeitbrücken“ aktuell nicht den gesamten Bedarf der Familien an Betreuung zu besonderen Zeiten ab.)

2012 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fünf Standorte mit unterschiedlichen Strukturen (Landkreis, Großstadt, mittelgroße Stadt, kleine Gemeinde) gefördert, in denen es aktive lokale Bündnisse für Familien gab (und gibt), um Modellprojekte zur Einführung und Umsetzung kommunaler Zeitpolitik zu entwickeln. Diese Pilotprojekte wurden inzwischen erfolgreich abgeschlossen. Zur Kosten-Nutzen-Analyse hat das BMFSFJ eine Evaluation an das Deutsche Institut für Wirtschaft in Auftrag gegeben, das diesen Aspekt in den fünf Modellregionen untersucht. Ergebnisse liegen voraussichtlich im Frühjahr 2016 vor. (Zwischenergebnisse können mündlich eingebracht werden) .

4. Wie kann kommunale Familienzeitpolitik vor Ort etabliert werden (Vorbereitung und Begleitung des kommunalen Entscheidungsprozesses, Öffentlichkeitsarbeit)?

Die Verankerung kommunaler Familienzeitpolitik ist in den einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich verlaufen. Während in Bremen Zeitpolitik durch den Bürgermeister Scherf und der Wissenschaft angestoßen wurde, ging in Hanau die Initiative vom Frauenplenum aus. Zeitkonflikte, --bedarfe und Wünsche wurden zunächst unsystematisch von den Frauen zusammengetragen und als Problem insbesondere für berufstätige Mütter über die Medien in die Öffentlichkeit gebracht. Über diesen Weg wurde die Politik für das Thema sensibilisiert. Um alle folgenden notwendigen Schritte für konkrete Veränderungen zu verankern war eine frühzeitige Einbindung des Magistrats der Stadt und der Spitzen der gesellschaftlichen Akteure notwendig.

Kommunale Zeitpolitik als Querschnittsaufgabe begriffen erfordert die Teilnahme aller Dezernate, Fachbereiche und kommunaler Tochterunternehmen der Stadt. Die Fachbereiche benötigen einen Magistratsbeschluss, um sich diesem neuen Handlungsfeld zu widmen.

Erfahrungsgemäß reicht der Beschluss aber nicht aus, sondern es bedarf zusätzlich einer intensiven auch öffentlichen Diskussion, um die Führungskräfte der einzelnen Bereiche von der Sinnhaftigkeit der Zeitpolitik und der eigenen Vorteile, die sie daraus ziehen können, zu überzeugen. Ihre Rolle im Prozess muss definiert, die bereichsübergreifende Zusammenarbeit vermittelt werden ebenso die Notwendigkeit, Bürgerinnen und Bürger in die Planung mit einzubeziehen. Das ist für die Verwaltung nicht selbstverständlich.

Das gleiche gilt für die anderen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, die für kommunale Zeitpolitik gewonnen werden müssen. Auch hier ist eine Diskussion und persönliche Ansprache notwendig, um die Geschäftsführungen und Leitungen für die kommunale Familienzeitpolitik zu gewinnen, angefangen bei den Unternehmen über die Kirchen, den Kammern bis hin zu Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften. Nur wenn Zeitpolitik auch bei ihnen zur Chefsache gemacht wird, können diejenigen handeln, die mit der Umsetzung befasst sein werden. Zumal das Aushandeln neuer Zeiten zwischen den Akteurinnen und Akteuren und der Entwicklung kommunalzeitpolitischer Angebote auch immer die Bereitschaft zur Veränderung in der eigenen Organisation voraussetzt.

Zum Auftakt des Prozesses sollte neben dem Magistratsbeschluss (Kreistagsbeschluss) eine gemeinsame politische Erklärung der Stadt und der gesellschaftlichen Gruppen gefasst und veröffentlicht werden. Diese Erklärung muss die gemeinsame Verantwortung und den Willen zur gemeinsamen Lösung der Zeitkonflikte deutlich machen um die Lebensqualität der Familien und damit der Gesellschaft insgesamt zu verbessern.

Zu Prozessbeginn müssen Informationen und Daten zur Verfügung gestellt werden. Die Kommunen haben in der Vergangenheit eine Fülle von Dienstleistungen für Familien entwickelt aber bekanntermaßen selten mit zeitlicher Abstimmung mit anderen Institutionen. Den strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen (Migration, Mobilität, veränderte Rolle der Frauen, Veränderungen in der Arbeitswelt) folgten keine zeitlichen Anpassungen und wenig neue Konzepte. Von daher ist es notwendig, eine Bestandsaufnahme der Angebote und eine Analyse der strukturellen gesellschaftlichen Veränderungen an den Beginn des Prozesses zu stellen und daraus Ziele zu entwickeln.

Um Bedarfe festzustellen, sollten Bürgerinnen und Bürger von Anfang an systematisch in den Prozess eingebunden sein.

In der Wahrnehmung der Zeitanbietenden und der Zeitnutzenden besteht zumeist eine Differenz, inwieweit sich eine Stadt auf die Bedürfnisse von Familien eingestellt hat und Familien also ohne Probleme die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leben können. Dies hängt auch damit zusammen, dass bei der Beurteilung des Problems eine unterschiedliche eigene Betroffenheit sichtbar wird. Führungskräfte der obersten Eben sind in Verwaltung, Unternehmen, Kammern etc. in der überwiegenden Zahl männlich, zwar mit Familie aber ohne familiäre Verpflichtungen. Von daher sind die Zeitkonflikte, die es zu lösen gilt, nicht aus eigener Erfahrung bekannt. Umso wichtiger ist der Dialog mit Familien.

Die Ergebnisse der Ist- und der Bedarfsanalyse müssen öffentlich kommuniziert werden, auch wenn sie schmerzhaft Defizite aufweisen. Es bedarf immer wieder der öffentlichen Diskussion und Reflektion, um den Prozess voranzutreiben.

5. Welche Handlungsfelder kommunaler Zeitpolitik bestehen?

Kommunale Zeitpolitik ist eine Querschnittsaufgabe und betrifft alle Bereiche, die den Alltag von Familien berühren, selbstverständlich den gesamten Sozialbereich wie die Kinder- und Jugend- und Bildungsarbeit, die Arbeit mit Seniorinnen und Senioren, die Arbeitswelt, den Gesundheitssektor und den Freizeitbereich, aber ebenso die Verkehrs- und Stadtentwicklung und Stadtmarketing.

Konkret sind für die Kommunen sind vorrangig folgende Handlungsfelder zu bearbeiten:
Passgenaue Betreuungs- und Bildungsinfrastrukturen,
familiengerechte Ausbildung und Arbeitswelt
familiengerechtes Angebot und Synchronisation privater und öffentlicher Dienstleistungen,
erreichbare und flexible Gesundheitsangebote
familienorientierte Freizeitangebote,
Mobilität für alle Generationen

Wichtig - und in der Regel nicht im Focus als Handlungsfeld - ist eine familiengerechte Stadtplanung und -entwicklung, die zur zeitlichen Entlastung von Familien beitragen kann. Insbesondere die eigenständige Mobilität von Kindern, Jugendlichen und alten Menschen erfordert eine angepasste Stadt- und Verkehrsentwicklung und kann dazu beitragen, den begleitenden Verkehr, das berühmte Mama-Taxi, überflüssig zu machen. Haltestellen können kleine Ruheoasen in der Stadt bilden und zum Stressabbau beitragen, wenn sie gut ausgestattet und auch optisch ansprechend sind. Kommunale Zeitpolitik in der Stadtplanung umfasst auch die Gestaltung von Plätzen, an denen sich vorwiegend Familien aufhalten und die mit entsprechender Infrastruktur ausgestattet den Aufenthalt zu einer Ruhepause werden lassen.

Einer besonderen Bedeutung schließlich kommt dem Handlungsfeld Öffentlichkeitsarbeit zu. Alle Angebote, die Familien betreffen, angefangen von der frühen Hilfe über Kita-Betreuung, Angebote in der Jugendarbeit bis hin zum Hilfefon im Betreuungsnotfall von alten Menschen müssen für alle Bevölkerungsgruppen leicht zugänglich sein. Familien müssen ohne großen Zeitaufwand die gesuchten Informationen finden. D.h. es müssen die verschiedenen Kommunikationswege, zugeschnitten auf die unterschiedlichen Altersgruppen in der Bevölkerung, genutzt werden.

6. Welche Ansätze in der Sozialraumplanung können Familien entlasten (Mehrgenerationenhäuser, Quartiersentwicklung)

Eine zukunftsorientierte und an den Bedürfnissen der Familien orientierte Sozialraumplanung kann wesentlich zu einem gelingenden Familienleben beitragen.

Voraussetzung ist die Abkehr von zentralen sozialen Einrichtungen hin zu einer guten Infrastruktur von Beratungsangeboten im Quartier. Damit entfallen zeitaufwändige Wege für die einzelnen Mitglieder der Familie. Eine Vernetzung von öffentlichen mit privaten und kirchlichen Trägern kann die Unterstützung und Hilfen für Familien effizienter gestalten. Nachbarschafts- und Mehrgenerationenhäuser mit einem Tagesprogramm und Beratungsangebot im Quartier tragen zum Kennenlernen der verschiedenen Generationen bei und bieten den Rahmen für eine gegenseitige Unterstützung.

Insbesondere Neubürgerinnen und Neubürger kommen ohne ihre alten Eltern, Tanten oder Geschwister. Sie haben weder ein familiäres noch ein soziales Netz, das langsam gewachsen ist und sie bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder in bestimmten Lebenssituationen wie Krankheit unterstützen könnte.

Die Kommune muss den Prozess des Knüpfens neuer Netzwerke unterstützen und damit beschleunigen. Indem sie Neubürgerinnen und –bürger einlädt und mit Nachbarinnen und Nachbarn der verschiedenen Generationen, aber auch Familien miteinander in Kontakt bringt, entstehen neue Netze. Sie tragen zum sozialen Miteinander bei und sind belastbar, wenn eine Notsituation eintritt. Die durch keine noch so gute Planung und Synchronisation von Zeiten ausgeschlossen werden kann.

Gleichzeitig sollte das Quartier so gestaltet sein, dass es Außen- und Innenräume zur Kommunikation der Bewohnerinnen und Bewohner gibt. Kinder müssen sich frei bewegen und spielen können, es braucht im Quartier weniger Spielplätze als viele Plätze für Kinder zum Spielen.

Für eine eigenständige Mobilität der Kinder ist Verkehrsberuhigung eine Voraussetzung. Wege und Straßen müssen sicher sein, gut ausgeleuchtet und auch von Kindern ohne Aufsicht zu benutzen. Die Querung von Straßen mit einer Ampelschaltung muss den Zeiten von Kindern und alten Menschen angepasst werden und darf sich nicht nach der Zeit eines durchschnittlichen Mannes richten, wie dies in deutschen Städten allgemein üblich ist. Nur wenn dem Sicherheitsgefühl der Eltern Rechnung getragen wird, werden sie dazu zu bewegen sein, Kinder selbstständig Wege zurücklegen zu lassen damit sie eine eigenständige Mobilität entwickeln können. Sinnvoll sind auch Zeitprojekte, die Kinder zunächst darin unterstützen, Wege selbstständig zurückzulegen (z.B. Walking-Busse,).

Der ÖPNV muss den Mobilitätsanforderungen angepasst werden und darf sich nicht ausschließlich nach den Haupt-Zeiten der Arbeitswelt richten. Für die gesamte Stadt gilt, dass der ÖPNV abendliche Veranstaltungen für Jugendliche ebenso berücksichtigen muss wie das Sicherheitsbedürfnis von Eltern und entsprechend ausgestattet sein muss. Für Zeiten zwischen den Hauptverkehrszeiten ist ein flexibles Angebot zu entwickeln, das die Mobilität auch von Teilzeitkräften, Auszubildenden und flexibel arbeitenden Müttern und Vätern sichert.

Eine große Entlastung, und für die Zukunft ein wesentlicher Faktor bei der Unterstützung von Familien, sind in mehrfacher Hinsicht gemeinschaftliche Wohnprojekte in Mehrgenerationenhäusern. Die sich in diesen Projekten eröffnenden Perspektiven gerade für junge Familien werden in den meisten Kommunen unterschätzt. In diesen Wohnprojekten kann Solidarität zwischen den Generationen gelebt werden, alte Menschen können junge Familie mit Zeit im alltäglichen Leben unterstützen und umgedreht, junge Menschen können Alten bei der Bewältigung des Alltags helfen. Diese Wohnform ist auch eine Antwort auf den demografischen Wandel. Eine wachsende Anzahl alter Menschen benötigt einen Lebensraum, in dem sie selbstbestimmt leben können. Viele alte Menschen haben keine Kinder, die sie unterstützen können, oder die eigenen Kinder sind dem Arbeitsmarkt hinterher gezogen, leben nicht mehr im Ort und stehen auch später nicht für Pflege zur Verfügung. Die Mehrzahl der alten Menschen, die heute in ein Altenheim ziehen obwohl sie das für sich ausgeschlossen hatten, verlassen ihre Wohnung, weil sie kleine Alltagstätigkeiten nicht mehr meistern können. Das Leben in einem Mehrgenerationenhaus ermöglicht die notwendigen Handreichungen und Unterstützung, so dass auch im Alter ein selbstständiges, kommunikatives Leben geführt werden kann. Alte und Junge unterstützen sich gegenseitig, indem sie Zeit füreinander aufbringen.

Gemeinschaftliche Wohnprojekte als Mehrgenerationenhäusern sind für junge Familien eine große Entlastung bei Zeitkonflikten und sie sollten Bestandteil der Stadtplanung sein.

7. Welche Konzepte, Instrumente, Modelle sind besonders geeignet, um kommunale Familienzeitpolitik zu gestalten? Gibt es Best-Practice-Beispiele?

Kommunale Familienzeitpolitik ist von den örtlichen Gegebenheiten, der Bevölkerungs- und Wirtschafts- und Infrastruktur abhängig. Gibt es einen großen, die anderen dominierenden Zeittaktgeber in der Kommune oder viele, ist Industrieproduktion vorherrschend mit relativ starren Arbeitszeiten oder handelt es sich um einen Dienstleistungs- und Wissensstandort mit flexiblen Arbeitszeiten? Wie hoch ist der Anteil von Schichtarbeitenden? Kommen Beschäftigte aus dem Umland oder pendelt ein großer Teil der Bevölkerung aus? Und wie hoch ist der Anteil von Zugezogenen aus dem In- wie aus dem Ausland, wie hoch der junger Familien. Gibt es viele Alleinerziehende, Studentinnen und wie ist die altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung? Wie gut ist die Infrastruktur entwickelt und ist das Dienstleistungsangebot für alle Generationen ausreichend? Schließlich, wie groß sind die Zeitkonflikte, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschweren. All dies sind Fragen, die das Konzept beeinflussen und die Schwerpunkte von kommunaler Familienzeitpolitik bestimmen.

Die Konzepte der fünf Modellregionen, die vom BMFSFJ gefördert wurden, haben aufgrund ihrer Struktur unterschiedliche Schwerpunkte der kommunalen Zeitpolitik entwickelt. Die Regionen und Kommunen sind der Landkreis Donau-Ries, Aachen, Herzogenrath, Saalekreis, Neu-Wulmstorf. Eine gute Darstellung der Modellregionen, ihrer Herangehensweise und der Ergebnisse findet sich im Praxisleitfaden „Kommunale Zeitpolitik für Familie“ Hrsg. : BMFSFJ.

Einen ganzheitlichen Ansatz hat die Stadt Hanau seit 1997 verfolgt. Ausgehend vom Frauenplenum und der Problematisierung des Themas in der Öffentlichkeit wurde ein Beirat gegründet, der alle Vertreterinnen und Vertreter an einen Tisch bringt, die über Zeiten im öffentlichen Raum verfügen können: hauptamtlicher Magistrat, Eigenbetrieb Kindertagesbetreuung, städtische Kliniken, Ärztekammer, Marketing GmbH, einzelne Unternehmen, die IHK und Handwerkskammer, DGB und Wohlfahrtsverbände, Verkehrsbetriebe, Einzelhandel, die Agentur für Arbeit, das Frauenplenum und weitere gesellschaftliche Akteure. Dieser Beirat entscheidet über grundsätzliche Fragen und tagt einmal im Jahr. Die einzelnen Projekte werden in einer Lenkungsgruppe und in Arbeitsgruppen bearbeitet.

Die Grundlage für die Entwicklung einzelner Projekte war eine umfassende Zeituntersuchung im Jahr 1998 „Neue Zeitgestaltung in Verbindung mit einem bedarfsorientierten ÖPNV“. Zu verschiedenen Zeitschnittstellen fanden runde Tische statt, einzelne Unternehmen führten Befragungen von Beschäftigten durch und erste Maßnahmen wurden eingeleitet. Die Rückkoppelung mit Familien fand in Denkwerkstätten, Workshops, Fachtagungen, Befragungen und Aktionen statt. Mit großen Veranstaltungen (Podiumsdiskussionen, Vorträge) wurden grundlegende Probleme in die Öffentlichkeit gebracht und diskutiert.

Im Laufe des Prozesses wurden unter anderem Fahrplanänderungen im ÖPNV vorgenommen, Haltestellen auf Zuruf und Anruf-Sammeltaxen eingerichtet, Öffnungszeiten der Verwaltung, bei Handwerksbetrieben und Arztpraxen verändert, es wurde ein Vertrag zwischen Verwaltung und Unternehmen für Notfallbetreuung geschlossen, „Zeitbrücken“ entwickelt als Antwort auf unlösbare Konflikte zwischen Arbeits- und Betreuungszeiten aber auch um Eltern Zeit für sich zu geben, und Zeitinseln zur Unterstützung Pflegender. Spezielle Programme für Väter mit Kindern wurden entwickelt, um Väter zu motivieren mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Ein gemeinsames Ferienangebot von Unternehmen für die Beschäftigten der Unternehmen unterstützt Eltern bei der Vereinbarkeit von Beruf und Schule.

Der Einzelhandels wurde in die Zeitgestaltung mit einbezogen. In den Läden wurden Spielecken für Kinder und Wickeltische eingerichtet um den Aufenthalt für Eltern stressfrei zu gestalten. Alte Menschen haben in den Geschäften die Möglichkeit auszuruhen ohne etwas kaufen zu müssen.

Als erste Kommune hatte die Verwaltung das Audit Beruf und Familie durchlaufen und damit das Signal gegeben, dass Veränderungen auch im eigenen Unternehmen vorgenommen werden müssen. In der Folge ließen sich einige große Unternehmen auditieren.

8. Welche Anforderungen müssen/können an für Familien passgenaue und bedarfsgerecht gestaltete Zeitstrukturen und Öffnungszeiten öffentlicher Institutionen (z.B. Öffnungszeiten von Bibliotheken, Bürgerämtern etc) und privater Dienstleister (Sprechstunden bei Ärzten, Handwerkszeiten) gestellt werden?

85 Prozent der berufstätigen Mütter berichten von täglichen Zeitkonflikten.

Damit kommt der Synchronisation von Zeiten zwischen den verschiedenen lokalen Akteurinnen und Akteuren und Anbietenden privater und öffentlicher Dienstleistungen eine besondere Bedeutung zu. Gerade Familien mit einem begrenzten Budget für freie Zeit bedeutet es ein besonderes Ärgernis, für die Inanspruchnahme von einer Dienstleistung einen Tag Urlaub nehmen zu müssen.

Dienstleistungen müssen für alle, auch für Menschen mit einer Einschränkung, transparent, gut erreichbar sein und ohne Überschneidung mit anderen Zeiten angeboten werden.

Damit müssen alle Zeiten im öffentlichen Raum auf die Familientauglichkeit überprüft werden. Es macht keinen Sinn, alle Zeiten auszudehnen und damit das Problem auf eine neue Stufe zu stellen. Dienstleistungen sollten zu den Zeiten angeboten werden, zu denen sie die einzelnen Gruppen nutzen können. Beratungsstellen, die lediglich während der allgemeinen Berufstätigkeit oder Schulzeit geöffnet sind, können von berufstätigen Eltern, Schülerinnen und Schülern ebenso wenig genutzt werden wie Schwimmbäder, die nur diese begrenzten Öffnungszeiten anbieten.

Passgenaue Servicezeiten können durch Verlängerung der Zeit an einem oder mehrerer Tage, der Verlagerung aber auch durch ein flexibles Angebot erreicht werden. Dabei spielen Fragen der Ökonomie, der Organisation und der Kultur eine Rolle aber auch, ob eine Dienstleistung gleichzeitig von mehreren Personen genutzt wird oder ob es sich um eine individuelle Nutzung handelt. Stadtläden und Bibliotheken zum Beispiel sollten ihre Öffnungszeiten mit den Zeiten der Berufstätigkeit abstimmen und ein attraktives Zeitfenster für Berufstätige einrichten. In Hanau wurde die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek auf den Samstag Nachmittag bis 16.00 Uhr ausgedehnt. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass dies die meist genutzte Zeit von Familien ist. Dafür ist die Bibliothek am Montag geschlossen.

Eine zukunftsorientierte Familienzeitpolitik sollte sich aber auch für neue Ideen öffnen. In einigen Städten in Dänemark und inzwischen auch in Ansätzen in Norwegen öffnen die Bibliotheken 24 Stunden auch an den Wochenenden ohne eine Ausdehnung der Arbeitszeiten der Beschäftigten. Dieses Modell wird außerordentlich gut angenommen, am Wochenende ist die Bibliothek generationenübergreifender Treffpunkt im Ort. In NRW hat die Diskussion in einigen Städten begonnen und diese Bestrebungen sollten unterstützt werden. Gerade die Freizeitangebote an Sonntagen sind für Familien gering und wenn ein generationenübergreifender Treff möglich ist ohne die Erweiterung von Sonntagsarbeit, ist dies ein sehr lohnendes Projekt kommunaler Familienzeitpolitik.

Familienangebote sollten generell überprüft werden, inwieweit ein Wochenendangebot sinnvoll ist, weil es damit die Teilnahme beider Elternteile ermöglicht. Zum Beispiel werden Kurse für das Babyschwimmen in den meisten Kommunen während der Woche und der allgemeinen Arbeitszeit angeboten. Aber gerade diese Kurse für Babies sind für beide Elternteile spannend, und der Wunsch dieses mitzerleben ist auch vom Vollzeit arbeitenden Elternteil groß.

In großen Kommunen sind dezentrale Stadtläden (Bürgerämter) hilfreich, so dass die Wegezeit minimiert ist. Die Öffnungszeiten sollten die Berufstätigkeit berücksichtigen und neben einem Dienstleistungsabend auch eine Samstagsöffnung vorsehen. Die Verwaltung hat darüber hinaus die Möglichkeit, individuelle Dienstleistungen, die eine Beratung erfordern, über die Sprechzeiten hinaus anzubieten. Diese Termine nach Vereinbarung erleichtern berufstätigen Eltern, den Behördengang ohne Probleme in die Alltagsplanung zu integrieren und ermöglichen auf der anderen Seite der Sachbearbeiterin/dem Sachbearbeiter Einfluss auf den Termin zu nehmen und bei der Festlegung eigene, private Angelegenheiten zu berücksichtigen. Diese Herangehensweise verhindert eine allgemeine Ausdehnung von Öffnungszeiten.

Terminvereinbarung nach Absprache über die Sprech- und Servicezeiten hinaus ist auch für die Öffnungs- und Servicezeiten von Arztpraxen und Handwerkern ein adäquates Instrument zur Erleichterung für Familien, die Angebote zu nutzen und gleichzeitig eine allgemeine Ausdehnung der Arbeitszeit für die Beschäftigten zu verhindern. Dies setzt allerdings Transparenz voraus. Familien müssen wissen, dass es die Möglichkeit gibt, auch Zeiten außerhalb der Arbeitszeiten bei Handwerkern in Anspruch zu nehmen.

Arztpraxen sollten eine Sprechzeit in den Abend hinein anbieten sowie Termine nach Vereinbarung auch außerhalb der Sprechzeit. Eine Samstagsöffnungszeit von gerade Kinderarztpraxen wäre sinnvoll. Eltern beklagen, dass sie mit einem Kind, das am Wochenende erkrankt, grundsätzlich ins Krankenhaus gehen müssen. Eine solche Öffnungszeit wäre aber sicher nur durchsetzbar, wenn ausreichend Praxen vorhanden sind, die sich mit dieser Öffnungszeit abwechseln können.

Grundsätzlich muss darauf geachtet werden, dass es bei der Anpassung von Zeiten an die Bedürfnisse der Familien keine Verliererinnen und Verlierer auf der anderen Seite gibt. Zeitfragen sind Streitfragen und es ist immer zu beachten, dass nicht nur die Nutzerinnen ein passendes Angebot in Anspruch nehmen sondern dass die Anbietenden auch Teil einer Familie sind und sie nicht als Verliererinnen aus dem Prozess hervorgehen dürfen. Zeitpolitik ist ein Prozess des Aushandelns und die Beschäftigten müssen an diesem Prozess beteiligt werden.

Die Information von Öffnungszeiten von Handwerkern, Arztpraxen, der Verwaltung und anderer Dienstleistungen kann über ein städtisches Portal erfolgen.

Zur kommunalen Familienzeitpolitik gehört auch sicher zu stellen, dass alle Information die Familien erreichen. Das kann über digitale Medien geschehen aber auch in Form von Flyern.

9. In welcher Form können Zeitbüros, die zumindest in Italien zu den zentralen Instrumenten lokaler bzw. kommunaler Zeitpolitik gehören und in Deutschland z.B. in Bremen getestet wurden, auch auf kommunaler Ebene in Nordrhein-Westfalen eine Möglichkeit bieten, um die zeitliche Alltagsqualität von Familien zu verbessern, indem sie neue bedarfsgerechte Zeitarrangements erarbeiten?

Die Umsetzung zeitpolitischer Ideen und Ziele ist ein Prozess, an dem viele sehr unterschiedliche Akteurinnen und Akteure beteiligt sind. Dieser Prozess muss gesteuert werden, transparent sein und immer wieder reflektiert werden. Zeitkonflikte müssen aufgedeckt und Lösungen erarbeitet werden.

Die Einrichtung eines Zeitbüros ist in größeren Kommunen notwendig. Es sollte eine Stabsstelle sein, die direkt bei der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister (Landrätin/Landrat) angesiedelt ist. Dies signalisiert nach außen und nach innen die Bedeutung, die die Stadt der Zeitpolitik beimisst. Mit der Verwaltungsspitze im Rücken ist die Ansprache einzelner Akteurinnen und Akteure von Vorteil. Insbesondere Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaftsverbände und einzelner Unternehmen können nur durch eine Überzeugungsarbeit für Prozesse gewonnen werden, in denen sie selbst einige Umstrukturierungen vornehmen müssen. Ein einflussreicher oder mächtiger Promoter ist dabei erfahrungsgemäß hilfreich.

Zeitarrangements können nachhaltig nur im Dialog mit allen Betroffenen erarbeitet werden.

Bei der Stabsstelle liegt die Aufgabe, die im Prozess Beteiligten fachlich zu beraten, sie zu koordinieren, Projekte und Zeiten aufeinander abstimmen und für Zeitkonflikte, für die keine geeigneten Kompromisse erarbeitet werden konnte, andere Lösungen zu entwickeln.

Eine Stabsstelle, die in der Verwaltung und direkt bei der/dem OB angesiedelt ist, hat den Vorteil der sehr kurzen Wege zu den einzelnen Fachbereichen der Verwaltung und kann von daher frühzeitig auf die Planung Einfluss nehmen.

Die Leitung der Stabsstelle muss Zeitpläne und Zeitberichte erstellen, wäre aber auch für die Organisation von Veranstaltungen zuständig, in denen Bedarfe von Familien festgestellt werden können (Fachtagungen, Denkwerkstätten, gezielte Gruppengespräche etc.) und Lösungsvorschläge gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden können. Sie sollte auch zentrale Anlaufstelle für Familien und ein Kommunikationszentrum für Zeit sein.

Und entsprechend der Bedeutung der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit für den gesamten Prozess ist dieser Bereich in Kooperation mit der Pressestelle im Zeitbüro anzusiedeln.

Statistische Angaben aus:

Institut für Demoskopie Allensbach, Monitor Familienleben 2012;

Statistisches Bundesamt, Alltag in Deutschland, Bd. 43

BMFSFJ, Zeit für Familie. Bericht der Sachverständigenkommission zum 8.

Familienbericht